



## Mitgliederversammlung 2013

Die diesjährige Mitgliederversammlung des Wasserverbandstag e.V. wird am Mittwoch, d. **20. November 2013 um 10:00 Uhr** im HCC Hannover Congress Centrum, Kuppelsaal, Theodor-Heuss-Platz 1-3, 30175 Hannover stattfinden. Der niedersächsische Ministerpräsident, Herr Stephan Weil sowie Vertreter der Landesregierungen aus Sachsen-Anhalt und Bremen haben ihre Teilnahme als Gastredner bereits zugesagt. An unsere Mitglieder und Gäste ergehen noch gesonderte Einladungen mit Tagesordnung.

### Nährstoffbericht Niedersachsen veröffentlicht

Das Niedersächsische Landwirtschaftsministerium hat in Zusammenarbeit mit der Landwirtschaftskammer den Nährstoffbericht für Niedersachsen veröffentlicht. Hierfür hat die Landwirtschaftskammer die durch die seit diesem Jahr in Niedersachsen geltende Verbringungsverordnung für 2013 gesammelten Daten der Nährstoffverbringung zusammengestellt und hieraus auch kreisbezogene Daten errechnet bzw. zusammengestellt. Am 24.10. wurde der Bericht gemeinsam von Herrn Minister Meyer und dem Präsidenten der LWK Herrn Meyer zu Wehdel offiziell im Rahmen einer Pressekonferenz vorgestellt. Im Nachgang zur Pressekonferenz wurden die offizielle Pressemitteilung sowie der komplette Nährstoffbericht mit kreisbezogenen Auswertungen und eine Präsentation mit der Zusammenstellung der wesentlichen Ergebnisse auf die Homepage des Landwirtschaftsministeriums gestellt: [http://www.ml.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation\\_id=1810&article\\_id=119091&psmand=7](http://www.ml.niedersachsen.de/portal/live.php?navigation_id=1810&article_id=119091&psmand=7)

### 2. Bericht der EU-Kommission zur Umsetzung der Nitrat-Richtlinie

Die Europäische Kommission hat den 2. Bericht zur Umsetzung der Nitratrichtlinie aus dem 1991 vorgelegt. Ziel der Richtlinie 91/676/EWG des Rates (Nitratrichtlinie) ist es, die durch Nitrat aus landwirtschaftlichen Quellen verursachte Gewässerverunreinigung zu reduzieren bzw. zu verhindern. In Deutschland wurden die Vorgaben der Nitrat-Richtlinie durch die Düngeverordnung umgesetzt. Gemäß Bericht weist Deutschland (neben Finnland) mit weniger als einer Grundwasser-Messstelle die geringste Messstellendichte in Europa auf. Auch bei den Messstellen für die Oberflächengewässergüte wurde für Deutschland (neben Finn-

land und Griechenland) die geringste Messstellendichte festgestellt. Des Weiteren weist Deutschland neben Malta die höchsten Nitratkonzentrationen im Grundwasser auf. So wurden gemäß Bericht für rund die Hälfte der deutschen Messstellen Nitratwerte von > 50 mg/l N gemeldet. Zur Oberflächengewässerqualität nimmt Deutschland einen mittleren Platz ein. Europaweit konnte sowohl für Grundwasser als auch für Oberflächengewässer eine leichte Verbesserung der Qualität im Vergleich zum ersten Bericht festgestellt werden. Allerdings stellt die Kommission fest, dass trotz der allgemeinen Verbesserung der landwirtschaftlichen Verfahren und der Wasserqualität weiterhin bestimmte „Brennpunkte“ bestehen, wo sich noch keine Verbesserungen zeigen. Die Kommission kündigt an, dass sie in Übereinstimmung mit Artikel 5 Abs. 5 der Nitratrichtlinie künftig insbesondere auf die Notwendigkeit achten wird, dass die Mitgliedstaaten in Bezug auf die Trends bei der Wasserqualität zusätzliche Maßnahmen oder verstärkte Aktionen treffen müssen. Der gesamte Nitratbericht der Kommission steht unter <http://eur-lex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2013:0683:FIN:DE:PDF> zur Verfügung.

### Sachverständigenrates für Umweltfragen der Bundesregierung (SRU) nimmt Stellung zur Novellierung der „Düngeverordnung“ (DüV)

Hierin weist der SRU darauf hin, dass trotz beachtlicher Fortschritte in den letzten zwanzig Jahren zentrale, mit der Düngegesetzgebung verfolgte Umweltziele im Agrarbereich Deutschlands nach wie vor nicht erreicht werden. Zentrales Steuerungsinstrument zur Sicherstellung einer guten fachlichen Praxis der Düngung und der Reduktion von Nährstoffüberschüssen aus der Landwirtschaft ist laut SRU die Düngeverordnung (DüV). Zentrale Empfehlungen des SRU für die vorgesehene Novellierung der DüV sind daher zum einen das Düngerecht verstärkt am tatsächlichen Pflanzenbedarf auszurichten. Zudem sollten alle relevanten Nährstoffströme in einer Hoftorbilanz erfasst werden. Mittelfristig sollte eine flächenbezogene Hoftorbilanzierung zur Kontrolle der Umweltverträglichkeit des Stickstoff- und Phosphat-Managements verpflichtend werden. Zum Düngungsmanagement schlägt der SRU zur Reduktion von Nährstoffverlusten aus der Anwendung organischer Dünger vor, die Sperrfristen zu verlängern, die Mindestlagerkapazitäten auszuweiten sowie die Anforderungen an die Ausbringungstechnik und Einarbeitung von organischen Düngemitteln zu verschärfen. Zudem fordert der SRU eine bessere Kontrolle der Einhaltung der Düngeverordnung, schärfere Sanktionen bei Verstößen und Verbesserungen für die Durchsetzung düngerechtlicher Vorschriften. Um diese Anpassungen zu erleichtern, empfiehlt der SRU zudem entsprechende Investitionen auf Bundesebene in das Agrarinvestitionsförderprogramm GAK und in den Bundesländern in die Programme zur ländlichen Entwicklung aufzunehmen. Zudem sollte Deutschland im Rahmen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) von der Option, Mittel aus der 1. Säule in die 2. Säule der GAP umzuschichten, in vollem Umfang Gebrauch machen. Die gesamte Stellungnahme des SRU steht unter [http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04\\_Stellungnahmen/2012\\_2016/2013\\_08\\_AS\\_Novellierung\\_Duengeverordnung.html](http://www.umweltrat.de/SharedDocs/Downloads/DE/04_Stellungnahmen/2012_2016/2013_08_AS_Novellierung_Duengeverordnung.html) zur Verfügung.

### **Rekommunalisierung der Berliner Wasserwerke**

Das Land Berlin wird in absehbarer Zeit dem französische Konzern Veolia, die 24,95 Prozent an den Berliner Wasserwerken für rund 600 Mio. € abkaufen. Nur Senat und Landesparlament müssen diesem noch zustimmen. 1999 wurden die Berliner Wasserwerke für rund für 3,3 Milliarden Euro teilprivatisiert. Nach dem Offenlegung der Verkaufsverträge aufgrund eines Volksentscheids bestand der politische Wille, die Anteile zurückzukaufen. Bereits 2012 hatte das Land von dem anderen Privatisierungspartner RWE ebenfalls Anteile in Höhe von knapp 25 % für 618 Millionen Euro zurückgekauft. Sobald auch der Vertrag mit Veolia wie geplant abgeschlossen ist, wären die Berliner Wasserwerke wieder komplett in kommunaler Hand.

### **Forum „Wasseraufbereitung“ am 27.11.2013 in Mülheim/ Ruhr**

Das DVGW-Technische Komitee „Wasseraufbereitungsverfahren“ und das IWW Rheinisch-Westfälisches Institut für Wasserforschung laden ein zum 12. Forum „Wasseraufbereitung“ am 27.11.2013 in Mülheim/ Ruhr. Das Forum soll der Information über aktuelle Entwicklungen und neue Forschungsergebnisse in der Wasseraufbereitung und benachbarter Fachgebiete dienen und die Diskussion offener, auch strittiger Fragen ermöglichen. Es wird vom Technischen Komitee „Wasseraufbereitungsverfahren“ des DVGW in jährlichem Wechsel mit dem TZW in Karlsruhe und dem IWW in Mülheim an der Ruhr veranstaltet. Nähere Informationen zum Programm sowie das Anmeldeformular finden Sie unter <http://www.iww-online.de/index.php/de/>.

### **EEA legt Studie zu Wasserpreisen und Wassersparen vor**

Die Europäische Umweltagentur (EEA) hat im Rahmen einer Evaluation der Umsetzung der WRRL eine Studie zur Wasserpreisgestaltung in Europa vorgelegt. Ziel der EEA ist es hierbei, dass in Europa mehr Wasser gespart wird. Die in mehreren EU-Staaten gängige Praxis, Wasser unabhängig vom Verbrauch pauschal abzurechnen oder kostenfrei zur Verfügung zu stellen, sei dabei hinderlich. Auch in Ländern mit großen Wasservorkommen und ausreichend Niederschlag sei laut EEA Wassersparen sinnvoll, weil die Trinkwasseraufbereitung weitere ökologische und ökonomische Kosten verursache. Die gesamte Studie ist (in Englisch) abrufbar unter <http://www.eea.europa.eu/publications/assessment-of-full-cost-recovery>.

### **Einstellung eines Ingenieurs für den Unterhaltungsverband Untere Innerste**

Der Unterhaltungsverband Untere Innerste sucht zum nächst möglichen Zeitpunkt einen Ingenieur (FH).

Diese Stelle als Verbandsingenieurin/Verbandsingenieur umfasst insbesondere folgende Aufgaben:

- Koordinierung der Aufgaben im Bereich Technik
- Aufstellen von Arbeitsplänen
- Kontrolle der Gewässer mit Festlegung der erforderlichen Unterhaltungsmaßnahmen

- Stellungnahmen zu Maßnahmen Dritter an Gewässern
- Kalkulation, Ausschreibung und Bauüberwachung, Rechnungsprüfung
- Vorbereitung und Durchführung von Ortsterminen mit Mitgliedern, Behörden, Vereinen, Interessenvertretungen, Anliegern
- Aufstellung und Fortschreibung von Unterhaltungsrahmenplänen
- Beteiligung an der Planung und Berechnung von Projekten in den Bereichen Hochwasserschutz und Gewässergestaltung
- Federführung bei der Umsetzung der EG Wasser Rahmenrichtlinie und der EG- Hochwasserschutzrichtlinie

Für die Aufgabenerfüllung werden als Voraussetzungen vertiefte wasserwirtschaftliche, hydraulische und auch hydrologische Kenntnisse erwartet. Nachzuweisen sind ökologische Kenntnisse. Von Vorteil sind Kenntnisse im Verwaltungsrecht und möglichst auch bei der Gewässerentwicklung.

Die Stelle ist nach TVÖD Entgeltgruppe 10/11 zu besetzen.

Sie ist sowohl voll- als auch teilzeitgeeignet (mind. 24 h/Woche).

Der Besitz und der Einsatz eines eigenen PKW für Dienstfahrten, sowie ein dafür gültiger Führerschein werden vorausgesetzt. Bei Bedarf ist auch außerhalb der allgemeinen Dienstzeit zu arbeiten.